

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellzettel vierteljährlich 2050 M., monatl. 500 M., zu den Ausgaben viertelj. 1800 M., monatl. 400 M. Bei Postbezug viertelj. 1880 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Briefband monatl. 200 M. deutsch. — Einzelnummer 50 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsführung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 84 mm breite Kolonialzeile 100 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 400 Mark. Deutschland und Preßburg 25 bzw. 100 deutsche Mark. — Bei Platzverzicht und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Posten- und Auskunftsgebühr 200 M. — Für das Erteilen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 254.

Bromberg, Freitag den 1. Dezember 1922.

46. Jahrg.

Klubbildung in Warschau.

Wie sich die Konstellation des neuen Sejm gestalten wird, ist auch heute noch ungewiss. Rechte und Linke stehen sich gleich stark gegenüber, und die eine Partei wie die andere strebt die Arme nach kleineren Gruppen aus, die es ihr ermöglichen würden, die nötige Mehrheit im Sejm und Senat zu bilden. Von dem Block der nationalen Minderheiten, der hierbei einen entscheidenden Einfluss ausüben kann, in der Lage ist, fassen die Organe der Rechten und der Linken ein verschiedenes Urteil. Während die Rechtspresse die nationalen Minderheiten als staatsfeindliche Elemente zeichnet, glaubt die Linke — und diesen Standpunkt hat auch der Finanzminister vertreten — diese nicht von der Mitarbeit an der künftigen Gestaltung des Staates ausschließen zu dürfen. Jedenfalls ist bis zur Stunde die parlamentarische Konstituierung des Sejm und auch des Senats noch ungewiss, zumal die einzelnen Parteien nach dieser Richtung hin einen bestimmten Standpunkt noch nicht eingenommen haben.

Die politischen Fraktionen haben sich bis jetzt zum größten Teile darauf beschränkt, ihre führenden Männer für den Sejm bzw. Senat zu bestimmen. Ihre Beratungen trugen bisher eher einen organisatorischen als einen politischen Charakter. Einer der ersten Klubs, der sich sowohl für den Sejm als auch für den Senat konstituiert hat, ging aus der Vereinigung der deutschen Abgeordneten hervor. Wir haben über die Bildung des Deutschen Klubs bereits eingehend berichtet. Auch die anderen, dem Block der nationalen Minderheiten angehörenden Abgeordneten, haben besondere Klubs gebildet, einen jüdischen, der unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Chon steht und einen ukrainischen, der zu Vorsitzenden des Sejmklubs den Ingenieur Wasylczuk und Pidhinsky und für den Senat Klub u. L. Karpiński und Michał Szerkowski aus Dubno ernannte. Über diesen drei Klubs steht eine Organisationskommission, die in einzelnen Fällen eine Einheitlichkeit in den Anschauungen des Klubs der nationalen Minderheiten herbeiführen soll.

Die Stellungnahme der weißrussischen Abgeordneten ist noch nicht geklärt. Da sie keine eigene Fraktionsstärke besitzen, werden sie sich wahrscheinlich dem ukrainischen Klub anschließen. Polnische Blättermeldungen über den Anschluss des einzigen großrussischen Abgeordneten Serebrenikow an den Nationalen Volksverbund sind unrichtig.

Die P. S. hat sich sowohl für den Sejm, als auch für den Senat an einem Klub unter dem Namen „Parlamentarischer Verband der polnischen Sozialisten“ zusammengetroffen. Zum Vorsitzenden wurde Norbert Barlicki gewählt. Auch die Nationale Arbeiterpartei hat einen gemeinsamen Klub für den Sejm und Senat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Wachowiak gebildet.

Die Christliche Demokratie, die über 40 Mitglieder zählt, konstituierte sich als Klub unter dem Vorsitz des Abgeordneten Josef Chodzianowski, nachdem Koranty ablehnt hatte, die Wzawoleniegruppe unter dem Vorsitz des Abgeordneten St. Thugutt. Die Piasten haben von neuem Witos zu ihrem Führer ernannt. Die weitere Konstituierung der einzelnen Gruppen und die Frage ihrer politischen Vertätigung wird in den in Permanenz abgehaltenen Sitzungen besprochen und beschlossen werden.

In den Wandergängen des Sejm erklärten die Vertreter der Wzawoleniegruppe, daß der Klub sich über die Kandidatur des Sejmarschalls bereits geeinigt habe. Hierauf soll das Mitglied der Wzawoleniegruppe Smiarowski, Advokat in Warschau, Sejmarschall werden. In dieser Angelegenheit fanden gestern im Sejm private Konferenzen zwischen den Vorsitzenden der einzelnen Klubs statt.

Die nationalen Minderheiten und die künftige Regierung.

Eine Ausschaltung des weißrussischen Pressebüros in Warschau, die wir, ohne sie schon heute überprüfen zu können, mit allem Vorbehalt wiedergeben, besagt: Da sich der neue Sejm aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzt, führt die Bildung einer neuen Regierung auf fast unüberwindliche Hindernisse. Die polnischen Sejmärteien fordern vier Ministerstellen im neuen Kabinett, während von seiten der polnischen Parteien die Absicht besteht, nur ein Unterstaatssekretariat für die nationalen Minderheiten, zusammengesetzt aus einem Weißrussen, einem Ukrainer, einem Deutschen und einem Juden, zu gewähren. Die Nationaldemokraten nehmen überhaupt gegen jede nichtpolnische Vertretung im Kabinett Stellung. Die Bildung der neuen Regierung wird dadurch auf einen weiten Zeitraum hin verzögert. Die nationalen Minderheiten legen besonderen Wert auf die Schaffung von Abteilungen für die nationalen Minderheiten im Kultusministerium. Soweit wir unterrichtet sind, haben die Verhandlungen der Verständigungskommission der verschiedenen Klubs der nationalen Minderheiten über die Aufstellung gemeinsamer Forderungen bei der Regierungsbildung noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Das ist auch ganz unmöglich, weil selbst die polnischen Parteien über ihre Absichten noch nicht klar seien. D. Rdo.

Gewalt, Überlegung und Maß.

Bei der Eröffnung des Senats der Republik Polen am 28. November hielt der Staatschef folgende Ansprache:

Meine Herren Senatoren!

Groß ist die Tradition des Senats in Polen. In der Geschichte des ehemaligen Polen, die wir nicht allein in alten Büchern und in den Forschungen der Historiker finden, sondern deren Erinnerung oft in hellen Flammen in unseren Herzen, die die Kraft und die Macht unseres

Vaterlandes herbeisehn, emporlodert, war die Arbeit und Ausdauer der Senatoren von großer Einfluß auf die Geschichte des Landes. Die gegenwärtige Verfassung hat dem Senat eine bescheidenere Rolle zugewiesen. Sie macht aus ihm nicht einen Hauptmotor der Staatsarbeit, sondern fordert von Ihnen, entsprechend dem Geist der Verfassung der demokratischen Länder, Sprecher der Vernunft, der Überlegung und des Maßes bei der Erfüllung der Aufgaben zu sein, die den obersten Organen der Staatsgewalt auferlegt werden.

In Ihrer Arbeit werden Sie notgedrungen als Devise ihrer Tätigkeit Maß halten müssen, um unnötige Neubildungen und Konflikte zu vermeiden, die zwischen den mit Ihnen arbeitenden staatlichen Institutionen entstehen könnten.

Meine Herren! Bei dem, bei uns übertriebenen und ungewöhnlich scharfen, wenn auch oft erfolglosen Kampf der politischen Gruppierungen, bildet der Mangel an Maß oft ein großer Schaden für das, was allen teuer ist, für die Arbeit an der Erhöhung der Kraft und an der Wiederkehr des Wohlstandes des Staates und seiner Bürger.

Gestatten Sie mir also, meine Herren, dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß Sie als staatliche Institution in Ihrer schweren Aufgabe der Mitarbeit stets bereit seien möchten, von Amtswegen oder aus Anlage Neubildungen zu mildern, Konflikte zu verringern und das notwendige Gleichgewicht von Ziel und Mittel herzustellen. Ich erkläre den Senat für eröffnet und berufe zum Vorsitzenden den Alterspräsidenten Bolesław Limanowski. (Händeklatschen auf der Linken.)

Die Wahl des Staatspräsidenten

Mit dem Zusammentritt der neuwählten parlamentarischen Körperschaften Polens beginnt ein neuer Abschnitt in der politischen Entwicklung des Staates. Welchen Weg diese Entwicklung nehmen wird, hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab — und nicht zuletzt von dem Ergebnis der bevorstehenden Wahl des Staatspräsidenten. Wie wird nun der Präsident der Republik Polen gewählt? Nach dem Gesetz vom 27. Juli 1922 gelten in dieser Hinsicht folgende Bestimmungen:

Die Nationalversammlung, die die Wahl des Staatsoberhauptes vorausnehmen hat, wird vom Staatspräsidenten einberufen. Zeitpunkt und Ort der Wahl bestimmt der Staatspräsident, doch ist der späteste Termin des Zusammentritts der Nationalversammlung der dreizehnte Tag vor Ablauf der sieben Jahre, auf die der derzeitige Staatspräsident gewählt wurde.

Wird die Nationalversammlung zur Wahl des Staatspräsidenten nicht 30 Tage vor Ablauf des derzeitigen Staatsoberhauptes von diesem letzteren einberufen, dann beruft der Sejmarschall die Nationalversammlung und bestimmt Zeit und Ort ihres Zusammentritts. Das Präsidium der Nationalversammlung zur Wahl des Staatspräsidenten bildet der Sejmarschall als Vorsitzender, der Senatspräsident als sein Vertreter und acht Schriftführer, von denen vier vom Sejmarschall aus der Zahl der Sejmarschälle bestimmt werden, vier vom Senatspräsidenten aus der Zahl der Schriftführer des Senats. Die Tätigkeit des Büros der Nationalversammlung nimmt die Sejmarschall auf sich. Die Polizeigewalt in dem Gebäude, in dem die Nationalversammlung tagt, hat ausschließlich der Präsident der Nationalversammlung. Von dem Termin der Einberufung der Nationalversammlung benachrichtigt ihr Vorsitzender schriftlich alle Mitglieder der Versammlung spätestens eine Woche vor diesem Termin. Außerdem muß er den Termin im „Staatsanzeiger“ bekanntgeben.

Die Sitzungen der Nationalversammlung sind öffentlich. Für die Wahl des Staatspräsidenten schreibt das genannte Gesetz folgenden Ablauf vor:

Die Namen der Kandidaten werden schriftlich ange meldet, wobei nur diejenigen angemeldeten Kandidaturen als Gültig angesehen werden, die von mindestens 50 Mitgliedern der Nationalversammlung unterstützt werden. Auf Grund der schriftlichen Mel dungen setzt der Vorsitzende die Kandidatenliste fest. Darauf ordnet er sofort die Wahl an. Eine Verhandlung über die angemeldeten Kandidaturen ist unzulässig. Falls eine Kandidatur des Sejmarschalls zum Präsidenten der Republik angemeldet wird, so hindert das ihn nicht an der Amtierung als Vorsitzender der Nationalversammlung. Bei der Veröffentlichung des Wahlergebnisses übernimmt jedoch in diesem Falle der Senatsmarschall den Vorsitz. Dasselbe gilt umgekehrt, wenn eine Kandidatur des Senatsmarschalls angemeldet worden ist. Nach Anordnung der Wahl fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen, wonach einer der amtierenden Schriftführer die Namensliste aller Mitglieder der Nationalversammlung, ein zweiter nach Aufruf des Namens eines nicht anwesenden Mitglieds dessen Entschuldigungsbriefen, falls ein solches eingelaufen ist, verliest. Vier Stimmzähler, die der Vorsitzende aus der Mitte der übrigen Präsidiumsmitglieder dazu auffordert, nehmen auf der Rednertribüne die von den aufgerufenen Mitgliedern, die in eigener Person an die Rednertribüne herantraten, zusammengefassten Zettel entgegen, die den Namen der Kandidaten enthalten. Nach beendigter Abstimmung erklärt der Vorsitzende die Wahl für geschlossen, die Stimmzähler zählen die Stimmen; das Ergebnis der Wahl wird von der Rednertribüne aus verkündet.

Gewählt ist der Kandidat, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erlangt hat, wobei weiße Zettel, Zettel, die den Namen von Kandidaten enthalten, deren Anmeldung ungültig ist, sowie Zettel, die Namen von Abstimmenden enthalten, nicht in Betracht ge-

Danziger Börse am 30. November

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 47

Dollar 8100

Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

zogen werden. Wenn bei der ersten Abstimmung keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen erlangt, dann ordnet der Vorsitzende eine neue Abstimmung an, die in derselben Weise vor sich geht, wie die erste. Wenn auch die zweite Abstimmung kein günstiges Ergebnis hat, wird eine dritte Abstimmung angeordnet, die in derselben Weise stattfindet, wie die vorhergehenden, nur mit dem Unterschied, daß derjenige Kandidat, der in der zweiten Abstimmung die kleinste Stimmenzahl erhalten hat, von der Wahl ausgeschlossen wird. Wenn auch die dritte Abstimmung kein günstiges Ergebnis hat, wird eine vierte Abstimmung, und falls nötig, werden noch weitere Abstimmungen anberaumt, wobei bei jeder folgenden Abstimmung nacheinander die Kandidaten ausgeschlossen werden, die bei der vorhergehenden Abstimmung die kleinste Stimmenzahl erhalten haben. Wenn einige Kandidaten die gleiche Mindestzahl an Stimmen erhalten haben, werden sie alle von der Wahl ausgeschlossen. Wenn einer der Kandidaten eine relative Mehrheit erlangt, während auf alle anderen Kandidaten die gleiche Stimmenzahl fällt, dann entscheidet das Los darüber, wer von ihnen von der Wahl ausgeschlossen wird. Wie die Losziehung stattfindet, bestimmt der Vorsitzende. Nach Beendigung der Wahl verkündet der Vorsitzende ohne Verzug das Ergebnis und teilt dieses Ergebnis dem zurücktretenden Staatspräsidenten und dem Präsidenten des Ministerrates mit. Der Ministerpräsident stellt den neu gewählten Staatspräsidenten in Anwesenheit der beiden Marschälle von der auf ihn gefallenen Wahl in Kenntnis. Lehnt der zum Staatspräsidenten gewählte die Annahme der Wahl ab, wird eine neue Wahl vorgenommen.

Die Nationalversammlung wird aufgelöst, nachdem der neu gewählte Staatspräsident den Eid abgelegt und in Gegenwart der beiden Marschälle und des Ministerpräsidenten die Geschäfte des Staatsoberhauptes vom zurücktretenden Staatspräsidenten übernommen hat.

Die Deutschen in Polen.

Stanislaw Bokowiecki, ein hervorragender Rechtsanwalt und Publizist, der erste Justizminister zur Zeit des Regierungsrates, gab eine Broschüre unter dem Titel „Die Politik des unabhängigen Polens“ (Warschau, C. Wende & Co., 1922) heraus, deren außenpolitische Gedankengänge wir vor kurzem als gefühlspolitisch abgelehnt haben, in der aber gleichzeitig das höchst aktuelle Problem der deutsch-polnischen Beziehungen im Staat dargestellt wird, so daß wir noch einmal auf die Schrift des dem Befreier nahestehenden Verfassers zurückkommen.

Seine Ausführungen, die ein freundliches Zusammenleben beider Nationen anstreben, dürften in deutschen Kreisen das größte Interesse erwecken. Der Verfasser befürchtet in einigen Kapiteln, hauptsächlich im 8. seiner Broschüre, das Verhältnis zu den Deutschen. Er unterscheidet, dem „Kurjer Podolski“ zufolge, zwei Nationalitätengruppen: die Deutschen im westlichen und die Weißrussen im östlichen Gebiet des polnischen Staates, und zwar aus dem Grunde, weil er die Möglichkeit sieht, daß diese Gruppen sich mit den Polen in ein politisch eßbares Vereinigen können, und weil die Staatspolitik dieses Volks anstreben sollte.

Der Franzose Esmain sagt: „der Staat ist eine juridische Personifikation des Volkes“, d. h. daß der Staat und das Volk zwei Gestalten derselben Schöpfung sind. In einem normalen Staat gibt es für zwei oder mehrere Völker kein Raum, „es gibt nur ein Volk, ein staatliches Volk“. Weil die Staatslichkeit eines Volkes in Westeuropa und in Amerika keine Zweifel hervorruft, daß das französische Wort „nationalité“ keine Rassen-, Sprachen- oder Kulturgemeinschaft, sondern ausschließlich das staatliche Bürgerrecht bedeutet, weil das schweizerische Volk, das sich aus den drei Rassen und drei Sprachen zusammensetzt (ähnlich wie das belarische und amerikanische), trotzdem ein Volk bildet, so ist der Begriff des Volkes ein politischer Begriff. Beim Fehlen dieses politischen Faktors werden keine anderen Verbindungen, wie territoriale, rasse, sprachliche, konfessionelle und wirtschaftliche ausreichen, um ein Volk zu schaffen. — Die weiteren Ausführungen des Herrn Bokowiecki gelten in folgendem:

„Der polnische Staat hat im Verhältnis zu den ihm befreiten ethnischen Gruppen ein großes Problem zu lösen.“ Vor allen Dingen wirkt sich die Frage auf, soll in seiner Verfassung der Böllerbegriff mit dem Begriff der Staatsbürger, ähnlich wie dies im Westen geschieht (in Irland, bei den Flamen und anderswo im Westen) gleichgestellt werden, oder soll anerkannt werden, daß im polnischen Staat außer dem polnischen Volke noch andere Völker in politischer Bedeutung bestehen? Die Antwort in der ersten der erwähnten Richtungen würde keine Zweifel hervorrufen, wenn Polen auf sein ethnographisches Territorium reduziert wäre. Wenn dagegen im föderativen Verband mit Polen politische Ordnungen, und zwar die litauische, weißrussische und ukrainische in den Grenzen der ersten Teilung geschaffen würden, so müßte diese Frage in der zweiten Richtung gelöst werden. Das föderative Programm hat sich nicht verwirklicht, andererseits ist Polen nicht auf sein ethnographisches Territorium reduziert, so daß die Lösung dieser Frage auf größere Schwierigkeiten stößt. Die Konstitution brachte in dieser Angelegenheit gleichzeitig keine Entscheidung, die diesbezüglichen eingehenden Gesetze müssen erst ausgearbeitet werden. — Weiter fährt Herr Bokowiecki aus:

„Polen müßte das richtige Verhältnis zu dieser Angelegenheit festlegen. Meiner Meinung nach müßte

Von Riga nach Reval.

Von Max Theodor Behrmann.

Die "Russische Zeitung" hat ihren Warschauer Berichterstatter zu einer Informationsreise durch die russischen Randstaaten entsandt, um ihre Leser über deren politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu unterrichten. Max Theodor Behrmann hat zuerst Lettland besucht. Wir bringen nachstehend die lebendigen Stimmungsblätter des bekannten Correspondenten zum Abschluss.

Auch in der blauweißen Republik "Latvia" steht man an Gräbern zerstörter Hoffnungen und sehnt sich nach der schlechten Vergangenheit von der noch weit schlechteren Gegenwart zurück. Wie im übrigen Europa, ist man auch hier um das erste erhoffte "neue Wort", das die Nachkriegszeit gebären sollte, jämmerlich betrogen worden. Die arge Lügenfee von Versailles hatte dem neu geborenen kleinen Landchen mit seinen kaum vor Millionen Einwohnern die üblichen Geschenke in die Wiege gelegt: Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Recht vor Macht und wie die Talmagie noch heissen mögen, bei deren Erwähnung steht jedem halbwegs Ehrlichen eine gelinde Schamröte ins Gesicht steigt. Eine knappe Zeit hindurch ergösste sich das junge Wesen an dieser blühenden Kinderlapperei — dann kam aber der Hunger, den das harte Spielzeug nicht zu stillen vermochte. Die Freiheit erwies sich als ein Spielball, den Parteien und Gruppen mitwillig einander zuwerfen; aus der Unabhängigkeit wurde eine aufgezwungene "Orientierung"; über die Selbstbestimmung sollten angereiste fremdländische diplomatische Gouvernante befinden, und das "Recht vor Macht" entpuppte sich als ein Recht auf Macht. Wie im ganzen "besetzten" Europa, so auch im winzigen Lettlande: auf den Lippen ein zwangenes Lächeln — im Kopf und Herzen ein arger Kauenjammer.

Man spielt dort europäische Macht; hat Staats- und Ministerpräsidenten, eigene Verfassung und eigene Staatsflagge, Armeeführer und Generalstab, hat ein Dutzend Doppelgängern verhandeln und Staatsverträge schließen, beteiligt sich an internationalen Kongressen, Konferenzen und Kommissionen, unterhält offizielle, offiziöse und halboffizielle Pres- und Propagandaapparate — und die kaum zwei Millionen Lettenbürger haben für dieses sehr kostspielige, den Großen abgeputzte Getue mit ihren gar schwer zu verdienenden Groschen aufzukommen. Während das private Wirtschaftsleben der ganzen Welt durch umfassende Konzentrationen und Vereinheitlichungen der einzelnen Zweige und Betriebe die Produktions- und Verwaltungskosten immer mehr zu verringern sucht, haben die verschärfte Dilettantenhalb Europa verhakt, zerfetzt, atomisiert und dadurch schon rein wirtschaftspolitisch lebensunfähig gemacht. Darin ist zu sehr großem Teil die ökonomische Vereindlung des neuen Europa zu sehen, wo man jetzt so viele Großstaaten sieht, die durch ihr Staatspielen ihre ohnehin geringe Erbhaft verprassen.

Mit grimmigem Lächeln erzählten mir meine Rigaer Freunde beim Abschied von Löschern im Staatsjäkel zu Ehren der Staatsgewalt und Staatsraison. Von unaufhörlichen Ministerreisen nach Paris und London, nach Brüssel und Genf, mit deren Riesenkosten man einen exzellenten Teil der ewigen Fehlstrate im Staatsausbau hättdecken können. Von im nahen und weiten Auslande unterhaltenen Gesandtschaften, die mit ihren Missionschefs und Gesandtschaftsräten, Sekretären und Kanzlern, Militär- und Wirtschaftsratshäss, Chiffertelegrammen und gedruckten Notizen zahllose Millionen verschlingen. Von ganzen Reihen von Staatsbeamten, die lediglich zu kontrollieren haben, ob auch überall im Lettlande lettischsprachische Ladenschilder angebracht sind, die nicht um einen Millimeter kleiner sein dürfen als die etwa gleichzeitig in deutscher oder russischer Sprache angebrachten. Von weiteren zahlreichen Staatsbeamten, die regelmäßig alle Buch- und Steindruckereien des Landes beschlüsseln, ob die dort hergestellten Zeitungsbüchsen, Preisschriften und Barenketten auch wirklich eine fehlerlose lettische Orthographie zeigen, deren Mängel hohe Polizeistrafen nicht nur für den Drucker, sondern auch für den Auftraggeber nach sich ziehen.

Nebenbei bemerkte, eine zum mindesten sehr originelle Art der "Lettisierung" der städtischen und namentlich rigaischen Bevölkerung, die noch immer im Deutschen, Russischen, Liddischen ihre Muttersprache sieht, das Lettische aber zum allergrößten Teil erst lernen müsste. In der Kaiserlichen Sprache nennt man dies "Selbstbestimmung" — zu Bärenzeiten aber nannte man diese gezwungene Gliedervereinigung "Vergewaltigung", nur daß diese damals etwas weniger pharisäisch betrieben wurde. Denn natürlicherweise ist man in Lettien rücksichtslos national und erbarmungslos "völkisch", obwohl ich erst wenige Tage vor meiner Abreise aus Riga aus dem Mund des Herrn Ministerpräsidenten Meierowitsch die bewegliche Klage hören konnte, daß "Riga leider noch immer den Eindruck einer nichtlettischen Stadt macht", was, wie ich gleich hinzuheften möchte, auch hinsichtlich der beiden anderen größeren lettändischen Städte Riga und Windau tatsächlich der Fall ist. Für eine lettisch-völkische Kultur hat man reichlich gesorgt, indem man den alten Rigaer Kleinerlehrer Witol zum "lettischen Beethoven", Herrn Ullmann zum "lettischen Shakespeare" ernannte und am rigaischen Meerestrande, in Bildberingshof, eine konzessionierte Spielbank zuließ. Wirtschaftlich aber entdeckt man zunächst und zuerst der deutschen Geschäftswelt, von dem Riga und ganz Livland bisher gelebt hatte. "Einzelne Deutschen", hörte ich von Herrn Meierowitsch, sollen in geschäftlichen Angelegenheiten keine Hindernisse in den Weg gelegt werden; aber eine regelrechte Wiederaufnahme der deutsch lettischen wirtschaftlichen Beziehungen kann erst nach vorheriger Regelung der Abrechnungen erfolgen". Man ist nämlich auch darin streng verschärfisch-modern; man spricht mit Vorliebe von "Wiedergründung", "Wiederaufbau" und ähnlichen aus Deutschland fertig zu bezeichnenden Dingen.

Unter diesen wehmütigen Abschiedsgrüßen meiner Rigaer Freunde bestieg ich den Schlafwagen, der mich weiter nach Reval bringen soll, und wo ein diesmal etwas höflicherer Bräutbemühter mir in tadeloser russischer Sprache — von der er später zu einem ebenso tadellosen Deutsch überging, denn "das Lettische falle ihm etwas schwer" — den Schlafplatz anweist. Und wieder zu beiden Seiten des Bahngleises das abwechselungsarme nordostländische Landschaftsbild: schüchterner Nadelwald, braungelbe Sandflächen, schwielige Kartoffelstanden, strohgedeckte Bauernhäuser. Und zwischendurch auch hier wie in ganz Lettland angebrachte Fabrikfeste, verschlossene Werkstätten, entvölkerte Arbeiterhäuser — Livlands früher achtunggebietende, jetzt zugrunde gerichtete Industrie. Denn Litauen will ja zur baulichen Natur zurückkehren und diejenigen, die einst den livländischen Gewerbesiedlungen und mächtig entwickelt hatten, sollen erst "abrechnen", bevor ihnen gestattet wird, diese Industrie zum zweitensmal zu errichten.

Nach wenigen Stunden wieder einmal eine Doppelgrenze mit doppelter Passkontrolle, Zollrevision, Geldwechsel — wir sind in Estland. Während mein Pass zum so zerstreutem Lettgeld in nicht minder zerfacktes Estigeld umgewechselt wird, denke ich daran, wie wir in Neuropa es doch so herrlich weit zurückgebracht haben: aus den vereinten Staaten von Europa, von denen die weltbürgerlich sentimental Jugend einst geschwärmt, sind wir glücklich in die liebe alte Postkartenzeit zurückgekehrt, wo man, genau wie heute, mehrmals täglich verschiedenartig gestrichene

Grenzfähre, gar unterschiedliche Böllneruniformen und Polizistenhauben bewundern konnte. Und auch die "Schnellzugs"-Lokomotive, die mich nach Estland führt, wetteifert in ihrem Tempo mit der Postkutsche unserer Vorfahre, rastet kurzatmig auf jeder Station und Haltestelle halbstundenlang.

Zu nächstlicher Zeit passieren wir Dorpat, diese alte Hochburg deutsches Lebens, die jetzt einen wildfremden, estnisch sein sollen Namen trägt. Von den Kathedralen, wo einst ein Johannes Müller, ein Bergmann, ein Harnack gestanden, erklingen jetzt aus jugendlichem Munde unsichere estnische, russische, hic und da auch deutsche Lehrworte durcheinander, denn das einzige Vändchen, das den Luxus einer eigenen Hochschule nicht missen will, muß die schlecht bezahlten Lehrkräfte eben suchen und hernehmen, wo es kann. Und der einstmalige lustige Bruder Studio, der jetzt an der alma mater dorpatensis es so meisterlich verstanden hatte, bei aller überschämmenden Jugendfreude die heile Wissenschaft nicht zu kurz kommen zu lassen, ist spurlos dahin: man studiert dort nicht mehr Heilkunde oder Rechtswissenschaft, sondern nur noch "auf Arzt" oder "auf Advokat" — auf das vielleicht Brot schaffende Diplomchen. Schneige Bauernburischen mit schmaler Pippe, nichtschniem Auge und barter Stirn, denn der obdachlos gemachte deutsche Grundbesitzer kann an einen "Wechsel" für seine Söhne nicht mehr denken, und der einheimische Nachkriegsgewinner unterrichtet selber seine Sprößlinge in den Wissenschaften des Schiebertums.

Ein nordisch grauer Morgen. Die Zugbremse quietscht und ächzt, "Wir sind in Tallinn!", ruft mit deutsch der Pfarrer zu, und nennt estnisch das Reiseziel, während ein amüsiges Trägergesicht in Tellerküche und weißer Schürze, wie es echter einstmal nicht einmal am Petersburger Nikolai-Bahnhof zu sehen ward, mich russisch um meinen Gepäckstück bitte. Und aus dem Stadtinnern, das sich vor mir ausbreitet, begrüßt mich nach vielen Jahren wieder in seiner mächtigen Turmhöhe "der lange Heinrich" der alten Hansestadt Reval.

Eine Revaler Stimme zur polnischen Minderheitenpolitik.

Der "Revaler Bote" beschreibt die polnischen Wahlen und beschließt diese Besprechung mit folgenden Sätzen:

"Wir haben in unserem Blatt oft Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß die Fiktion, die in vielen neuen östlichen Staaten aufgestellt wird, als seien sie Nationalstaaten, unhaltbar ist, nicht nur unhaltbar im Sinne unseres Zeitalters, das allen Bürgern der Staaten gleiche Rechte zuerkennt, sondern auch dem tatsächlichen Rahmenverhältnis entsprechend. Besonders deutlich tritt dieses in Polen und der Tschechoslowakei hervor. Als Beweis dafür sind nun die Wahlen in Polen anzurechnen, wo im heutigen Parlament die völkischen Minderheiten etwa über 20 Prozent der gesamten Stimmen verfügen werden."

Kreissynode Bromberg II.

Unter dem Vorsitz des Superintendenten Nymann. Bromberg tagte am Dienstag, 28. d. M., im Konfirmandenzimmer der ev. Pfarrkirche die diesjährige Kreissynode für den Kirchenkreis Bromberg II. Nach der Eröffnung der Synodalverhandlungen durch Gesang, Gebet und Schriftverlehung sowie nach Feststellung der Wahlberechtigtheit der Versammlung fanden zunächst die Neuwahlen. Wiederwahlen des Synodalvorstandes, des Synodalrechners sowie der Synodalvertreter für Äußere und Innere Mission, für den Gustav-Adolf-Verein und für Jugendpflege statt, ebenso auch die Erstwahlen für die kommende Tagung der Landessynode.

Der Ephoralbericht des Vorsitzenden schilderte dann in klarer und ausführlicher Weise aus dem Leben der Gemeinden speziell die Darbietungen des Wortes und der Gnadenmittel, Rechte und Pflichten der kirchlichen Körperchaften sowie Schulfragen im Hinblick auf den Religionsunterricht. Wie überall im Abiretungsgebiet, so hätten auch hier die einzelnen Gemeinden durch zumeist unbekannte Abwanderung erheblich viele Mitglieder verloren. Von den 18 Kirchengemeinden stand Schubin mit 2000 Seelen an den Spitzen gegen Wilhelmsort mit 525 Seelen. Die Gemeinden Badswil, Babitschin und Monikowarke sind schon seit längerer Zeit unbewohnt, während Crone und Schubin in jüngster Zeit wieder Seelsorger erhalten hatten. Nur unter Anspannung aller Kräfte und Mittel, durch Aufrichtigkeit von hohen Kirchensteuern und — in ländlichen Gemeinden — durch Lieferung von Naturalien seien eingemauerte Pfarrstellen zu halten. Gerade auch der Pfarrerstand sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen großer Not und leidet dabei still und seligsrose, treue Arbeit. Die Gegenwart zeige überall zwischen Pfarrer und kirchlichen Körperchaften ein erfreulich freundliches Verhältnis, in Rehwalde und Hofsengarten bezüglich der Pflichten der Körperchaften gegenüber der Gesamtgemeinde sei es geradezu vorbildlich zu nennen. In der ganzen Synode sei nur noch an zwei Orten der betreffende Lehrer Organist, in allen übrigen Kirchengemeinden werde der Organistendienst durch Gemeindeglieder versehen, oft durch die Pfarrfrau selber. Von 49 Lehrerstellen seien 11 unbewohnt, 38 besetzt, und zwar 19 mit voll ausgebildeten Lehrkräften, 17 mit Hilfslehrkräften, zwei mit katholischen Lehrkräften. Von 2250 Kindern erhalten 1931 in evangelischen Schulen, 112 in katholischen Schulen, 207 überhaupt keinen Unterricht!

Nach Erörterung des Ephoralberichtes referierte Pfarrer Nymack-Hofsengarten über die Frage: Welche erhöhten Anforderungen stellt die gegenwärtige Notzeit unserer Kirche, insbesondere bei den verwaisten Gemeinden, an die Kirchenältesten? Den Ergänzungsbereich gab Pfarrer Nymack-Hausser-Rehwalde. Vielzahl fehlen ja noch die geeigneten Altesten für diesen Dienst an und in den Gemeinden, aber doch sei es gerade deshalb Pflicht der Kirchenleitung, durch besondere Kurse sich solche Kräfte mehr noch als bisher heranzubilden und in die Arbeit zu stellen; sie seien dann eigentlich in jeder Gemeinde zu finden. Ihnen liege ob, in Ermangelung eines ordnungsmäßigen bestellten Pfarrers, Gottesdienste zu halten, auch wohl Taufen vorzunehmen, auf die Jugend, die Gefährdeten und Kranken zu achten und ihnen beizustehen, alles allerdings nicht ohne Kenntnis und Geschmäcklichkeit, seitens der Kirchenbehörde. Auch die Frage der freien Wortverkündung und der Ausstellung des Abendmahls durch die Altesten wurde berührt, aber auch hierbei konnten keine allgemein gültigen Regeln aufgestellt werden, da gerade der Laiendienst große Weisheit von oben, viel Takt und Nützlichkeit erfordere und alles schließlich an der betreffenden Persönlichkeit hänge.

Bei allen Fragen aber, die im Laufe der Tagung behandelt wurden, zeigte sich neben dem großen Ernst doch auch ein erfreuliches Arbeitens- und Wirkenswillen für die Sache der Kirche Christi und das bedeutet Leben, das für die Zukunft des Evangeliums in Polen hofft. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Segen die Sitzung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 30. November.

Bulgadentschenhilfe.

Man schreibt uns: Eine Schwindlerbande treibt wieder einmal unter der Vorstellung, daß es sich um 470 Familien notleidender, in Szczypiorino internierter Bulgarden handelt, ihr Unwesen, vor allem auf den deutschen Gütern. Besonders auf Getreide und Getreideartwaren hat man es abgelehnt, während Kartoffeln ihnen nicht wertvoll genug waren, und dank der rührseligen Erzählungen über die vermeintliche Notlage unserer Schwindler im Interniertenlager ist es den dreisten Schwindlern gelungen, eine Menge Lebensmittel einzuholen, bis man durch die Widersprüche in ihren Erzählungen aufmerksam geworden, die "notleidenden Bulgarden" als Schwindler erkannte. Auch an dieser Stelle warnen wir die deutschen Besitzer vor den dreisten Schwindlern, die sich auch auf die Innere Mission und Pastor Kammel ganz unberechtigterweise berufen und deren Aufstehen zuletzt aus dem Kreise Schmiegl gemeldet wurde. Es handelt sich dort um drei Leute, einen kleinen Mann mit Brille mit einem Personalausweis auf den Namen Alfred Wächter, einen zweiten Mann, dem ein Kind fehlt und einen dritten jungen Mann, der einen Wagen mit zwei ruppigen kleinen Pferden fuhr.

In Wirklichkeit befinden sich in Szczypiorino keine Bulgardenflüchtlinge, diese werden vielmehr in Strałtowo interniert. Dort befindet sich fortgesetzt eine kleinere oder größere Anzahl von Bulgarden in der Pflege der Posener Inneren Mission, bis ihre Weiterleitung nach Deutschland und Amerika möglich ist. Augenscheinlich ist der Inneren Mission ein Transport von 170 entflohenen bulgardenischen Kindern aus Rußland angemeldet, die nach

Trinkt

Porter Wielkopolski

1243

Rohlen, Rots

Dąbrowa, Oberschlesische nimmt Bestellungen für Dezember mir in Waggonladungen an Büro Handlowo-Przemysłowe Kazimierz Junosza-Piotrowski Gieszowskiego 5. Telefon 18-42.

